



Ansprache beim Neujahrsempfang des Erzbischofs von Freiburg
13.01.2004

Verehrter Herr Erzbischof,
meine Damen und Herren,

ich spreche sicherlich im Namen aller hier versammelten, wenn ich Ihnen, Herr Erzbischof, für die Einladung zu diesem Empfang danke, bei dem wir einem gutem Brauch folgend uns gegenseitig alles Gute und Gottes Segen für das neue Jahr wünschen. Ich persönlich danke für die Gelegenheit, dies hier mit einem Rückblick und Ausblick aus Sicht der Belange der Caritas verbinden zu dürfen.

Das alte Jahr war ein Jahr der Reformdebatte. Es ging und geht um eine Politik der sozialen Sicherung, die unter den heutigen ungünstigeren Rahmenbedingungen nachhaltig ist. Deutlich niedrigere Wachstumsraten als in der Vergangenheit, Konkurrenz der nationalen Steuerpolitiken, Massenarbeitslosigkeit, erschwerte Wettbewerbsbedingungen aufgrund leistungsfähiger Niedriglohnländer in Osteuropa und der demographische Wandel – diese Rahmenbedingungen sind zwar politisch nicht unbeeinflussbar, aber auch nicht beliebig und insbesondere nicht kurzfristig verrückbar.

Die Wohlfahrtsverbände einschließlich der Caritas brauchen in dieser Debatte neue Antworten. In der Expansionsphase des Sozialstaats konnten sie sich auf Forderungen zu den einzelnen sozialen Arbeitsfeldern konzentrieren. Meist war es möglich, neue Notlagen mit einem neuen Dienst zu beantworten und dafür auch die notwendige Finanzierung zu erhalten. Die Auswirkungen auf die Lohnnebenkosten und die langfristigen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen standen nicht im Fokus der sozialpolitischen Debatte. Heute aber verliert eine sozialpolitisches Lobbying, das

nicht eingeordnet ist in ein Konzept eines nachhaltigen Sozialstaats, seine politische Wirkung. Daher muss auch die verbandliche Caritas die Herausforderungen, vor denen die sozialstaatliche Sicherung steht, in ihre politische Arbeit mit einbeziehen.

Die Caritas beteiligt sich an der Reformdebatte aus einer spezifischen Perspektive. Sie hat durch die Tätigkeit ihrer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Nähe zu armen, kranken oder von Ausgrenzung bedrohten Menschen. Caritas muss die notwendigen Reformen darauf hin bewerten, wie sie auf Arme und von Armut Bedrohte wirken. Dieser Gruppe muss sie Priorität einräumen gegenüber Personen in durchschnittlichen und überdurchschnittlichen Einkommens- und Vermögenspositionen. Wer gemeinsam mit allen klagt, auch wenn es um Besitzstände des Mittelstandes geht, kann die Interessen von Armen und Ausgegrenzten nicht wirksam vertreten.

Anwaltschaftlichkeit heißt dabei nicht allein, für den Erhalt von Transfersystemen einzutreten, die arme Menschen materiell absichern, wie zum Beispiel die Sozialhilfe als letztes Netz, so wichtig dies natürlich ist. Es geht in gleicher Weise darum, politische Maßnahmen darauf hin zu beurteilen, ob Armutsrisiken vermieden oder überwunden werden und ob die Rahmenbedingungen zur Selbsthilfe verbessert werden.

Insbesondere die Hilfebedürftigen, deren Interessen schwer organisierbar sind und die somit über kein gebündeltes Wählerpotential verfügen, brauchen die anwaltschaftliche Unterstützung von Kirche und ihrer Caritas. Es ist ja kein Zufall, dass wichtige soziale Leistungen, die für Menschen am Rand der Gesellschaft wie verschuldete Haushalte oder Obdachlose existenziell sind, sogenannte freiwillige Leistungen darstellen, für die trotz der langen Phase des Ausbaus des Sozialstaats keine Rechtsansprüche definiert wurden. Diese Dienste, ohne die eine Caritas nicht zu denken ist, sind heute doppelt gefährdet: Sie können gekürzt oder ganz gestrichen werden, ohne dass es hierzu einer Änderung gesetzlicher Vorgaben bedarf. Gleichzeitig sind Kürzungen hier für diejenigen, die sie politisch verantworten müssen, weit weniger mit der Gefahr verbunden, Wählerstimmen zu verlieren, als dies mit Kürzungen bei Leistungen verbunden ist, die breiteren Bevölkerungskreisen zugute kommen. Wenn eine Schuldnerberatungsstelle weniger Förderung erhält, entsteht sicher weniger Protest, wie wenn man die Subvention des Theaters kürzt.

Auf das mangelnde politische Gewicht von Interessen, die schlecht organisierbar sind, aber der Unterstützung des Sozialstaats in besonderer Weise bedürfen, weist auch das Dokument „Das Soziale neu denken“ hin, das vor kurzem von Kardinal Lehmann und Bischof Homeyer vorgestellt wurde. In ihm wird gefordert, die sozialstaatlichen Regelungen in einem „Subsidiaritäts-Check“ an den Kriterien des Subsidiaritätsprinzips zu überprüfen, als auch in einem „Solidaritäts-Check“ bestehende Gerechtigkeitslücken aufzudecken. Dem ist aus meiner Sicht ebenso zuzustimmen wie dem Vorschlag einer unabhängigen Sozialberichterstattung, etwa analog zum jährlichen Gutachten der sog. „Wirtschaftsweisen“. Dies böte die Chance, die öffentliche Debatte um den Umbau des Sozialstaats zu qualifizieren. Man kann über einzelne Formulierungen im Dokument „Das Soziale neu denken“ durchaus streiten. Völlig unangemessen finde ich es, wenn es – wie dies geradezu reflexartig auch von namhaften Sozialethikern geschah – in die Nähe eines „neoliberalen Machwerks“ gerückt wird oder wenn man gleich den Verrat am gemeinsamen Sozialwort der Kirchen wittert. Reformstillstand kann nicht im Interesse unserer Anwaltschaftlichkeit sein; würden sich die Anpassungszwänge weiterhin krisenhaft zuspitzen, dann werden die politisch schlecht organisierbaren Interessen, also diejenigen von Armen und Ausgegrenzten, als erste unter die Räder kommen.

Die Debatte zur nachhaltigen Sicherung des Sozialstaats wird uns auch im neuen Jahr umtreiben. Vordringlich ist der Abbau der strukturellen Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien. Sie ist ein zentraler Grund für die vielen individuellen Entscheidungen gegen ein Leben mit Kindern. Sie ist damit zentraler Grund für den demographischen Wandel, der zur Erosion der Sicherungssysteme beiträgt. Hierzu hat sich die verbandliche Caritas mit vielen anderen kirchlichen Gruppierungen immer wieder zu Wort gemeldet.

Ich möchte hier beispielhaft einen anderen Aspekt aufgreifen: Zu einer Politik der Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung gehört auch, vor der Massenarbeitslosigkeit nicht zu kapitulieren. Dies gilt insbesondere für die Arbeitslosigkeit bei gering Qualifizierten, die ungebremst weiter ansteigt. Hier ist auch in kirchlichen Kreisen einschließlich der Caritas eine resignative Haltung verbreitet, so als sei die Zahl der Arbeitsplätze unverrückbar vorgegeben und könne wie ein Kuchen nur

unterschiedlich verteilt werden. Der wachsende Ausschluss von gering Qualifizierten vom Arbeitsmarkt ist kein unentrinnbares Schicksal. Es sind Modelle in der Diskussion, das dominierende System der Lohnersatzleistungen durch Lohnergänzungsleistungen abzulösen, also statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren Beschäftigung zu fördern. Mit Lohnsteuergutschriften – wie sie in den USA durchaus erfolgreich praktiziert werden – könnten mehr Beschäftigungen für gering Qualifizierte geschaffen werden. Damit müsste eine Neubewertung des Niedriglohnsektors verbunden sein. Gerade aus einer anwaltschaftlichen Sicht der Caritas wäre es zu begrüßen, wenn Personen ohne berufliche Qualifikationen und auch Personen, die nach einer Lebenskrise wie Obdachlosigkeit oder Drogenabhängigkeit heute beim Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt vor nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen, einen leichteren Zugang zu Arbeit hätten. Arbeit ist, sofern die Menschenwürde gewahrt ist, besser als keine Arbeit, auch wenn es sich um Arbeit im Niedriglohnsektor handelt. Dabei ist auch die Caritas selbst gefordert, die Organisation ihrer sozialen Dienste darauf hin zu überprüfen, ob sie dort ohne Abstriche an der Qualität die Mischung des Einsatzes unterschiedlicher Qualifikationsebenen so verändern kann, dass auch Menschen mit geringen (formalen) Qualifikationen eine Beschäftigungschance geboten werden kann.

Themenwechsel. Ein kurzes Wort zum Abschluss zur McKinsey-Studie „Perspektive Deutschland“, die im letzten Jahr Furore gemacht hat. 356.000 Teilnehmer haben in dieser Internet-Befragung sich auch dazu geäußert, wie sie die Kirchen und Diakonie und Caritas wahrnehmen. Eine traditionell durchgeführte Kontrollbefragung stellte die Repräsentativität der Ergebnisse sicher, die zum Teil unangenehmen Ergebnisse können also nicht einfach mit dem Verweis auf methodische Mängel zur Seite gewischt werden. Öffentlich beachtet wurde die sehr unterschiedliche Bewertung von Caritas und Kirche, die erneut Fragen nach dem Verhältnis zwischen der Kirche und ihrer Caritas aufwarf. Kurz zusammengefasst kamen die beiden christlichen Kirchen schlecht weg. Diakonie und Caritas erhalten vergleichsweise hohe Vertrauenswerte. Entgegen der Anlage der Befragung, die den Eindruck erwecken konnte, Caritas und Kirche seien getrennte Organisationen, ist Caritas Teil der Kirche. So wie Kirche nicht ohne Caritas zu denken ist, so ist Caritas auf die Einbindung in die Kirche angewiesen. Da wir dies alle wissen, macht es sehr nachdenklich, weshalb die Kirchen in der öffentlichen Meinung nicht von ihren Sozialwerken profitieren. Deshalb

gehört es zu den Herausforderungen sowohl der verbandlichen Caritas als auch der verfassten Kirche, ihre Zusammengehörigkeit wirksam öffentlich zu vermitteln. Dann wird die vergleichsweise positive Einschätzung der Caritas von Nutzen sein für die Kirche insgesamt.

Es muss ja zu denken geben, wenn die Teilnehmer der Studie bei der Frage nach dem Verbesserungsbedarf in der Kirche ein mehr an sozialem Engagement fordern, wo doch die Kirche mit der verbandlichen Caritas und der Caritasarbeit in den Gemeinden auf diese Forderung bereits geantwortet hat. Eine häufig geäußerte Befürchtung konnte die Studie allerdings entkräften: Die Befürchtung nämlich, die Bevölkerung wisse gar nicht, dass die Caritas zur Kirche gehört. Denn 80 Prozent derjenigen, die angaben, die Caritas gut zu kennen, haben sie auch als kirchennah eingeschätzt. Die informierten Menschen wissen also, dass die Caritas zur Kirche gehört. Sie übertragen allerdings das vergleichsweise hohe Vertrauen in die Caritas nicht auf die Kirche insgesamt. Und das kann doch nur heißen, dass beide stärker betonen sollten, dass sie zusammen gehören.

Helfen würde dabei, wenn alle katholischen Einrichtungen zeigen würden, dass sie Teil der Caritas und damit natürlich auch der Kirche sind und damit wirksamer als bisher gemeinsam zeigen würden, dass die Kirche mit ihrer Caritas Anwalt der Schwachen ist und Solidarität in dieser Gesellschaft stiftet, Kranke heilt, Behinderte betreut und Kinder erzieht. Bis wir allerdings so weit sind, dass sich die Katholischen Krankenhäuser und die Kindergärten auch nur ansatzweise als Caritas positionieren, ist es noch ein weiter Weg. Auch die Caritas müsste sich ändern. Sie müsste sich in ihren Fach- und Basisdiensten, hier vor allem in der Arbeit mit Armen, Obdachlosen, Suchtkranken, aber auch alten und pflegebedürftigen Menschen wieder stärker an die Pfarrgemeinden anbinden. Denn diese sozialen Dienste erwarten nach der Studie die Menschen von der Kirche: Obdachlosenspeisung, Wärmestuben, aber auch Sozialstationen und Altenheime. Diese Dienste der Caritas können auch trotz der notwendigen Professionalisierung sozialer Arbeit wieder mehr als bisher durch vorprofessionelle Formen der Hilfe und insbesondere ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ergänzt werden. Eine bessere Vernetzung der Caritas und der Gemeinden wäre die Folge und das würde auch öffentlich wahrgenommen, zum Nutzen von Caritas und Kirche.

Die Ergebnisse dieser größten in Deutschland je durchgeführten Umfrage sind also alles andere als harmlos. Sie sind für die Kirche und ihre Caritas ein Steinbruch von Hinweisen, wie wir uns ändern müssen, um dem Anspruch gerecht zu werden „Kirche in der Welt von heute“ (II. Vat. Konzil, Lumen Gentium) sein.

Der Deutsche Caritasverband, der seit seiner Gründung seinen Sitz in der Erzdiözese Freiburg hat, weiß, was er der Unterstützung durch sein Belegenheitsbistum verdankt. Herr Erzbischof, ich bin dankbar, dass diese Unterstützung ihnen auch ein persönliches Anliegen ist. Ich schließe in diesen Dank alle ein, die in der Erzdiözese die Arbeit der Caritas unterstützen, namentlich erwähnen möchte ich Weihbischof Dr. Uhl, gleichzeitig Vorsitzender des Diözesan-Caritasverbandes. Herr Erzbischof, ich wünsche Ihnen und dem ganzen Domkapitel für Ihr Wirken im neuen Jahr eine glückliche Hand und die Unterstützung durch viele Menschen guten Willens. Ich wünsche Ihnen, Herr Erzbischof, auch das Quäntchen Freude, das nach Vorstellung eines Laien auch ein Bischof bei seiner Arbeit haben kann, und zu allem Gottes reichen Segen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.